

Zur Inneren Sicherheit

Foto: Senator für Inneres und Sport



Ulrich Mäurer

Senator für Inneres und Sport des Landes Bremen, Vorsitzender der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder (IMK) 2025

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

für mich ist die Innenministerkonferenz im Jahr 2025 in vielerlei Hinsicht eine besondere Konferenz. So übernehme ich als Bremer Innensenator ein zweites Mal nach 16 Jahren den Staffelstab. Seit Mai 2008 bin ich Senator für Inneres im Land Bremen. Als solcher habe ich quer durch die Bundesrepublik an allen Innenministerkonferenzen der letzten 16 Jahre teilgenommen. In all diesen Jahren standen wir mit meinen Amtskolleginnen und -kollegen immer wieder vor komplexen Konflikten, die uns national und auch international beschäftigt haben. Auch das Jahr 2025 ist ein ganz besonderes Jahr. Es erwarten uns viele außergewöhnliche Herausforderungen.

Ein Schwerpunkt auf der IMK in Bremen: innere Sicherheit und zivile Verteidigung

Ob der Koalitionsbruch und die daraus folgenden vorgezogenen Wahlen, ob die immer größer werdende Bedrohung in Europa durch den Ukraine-Krieg oder der zunehmende Extremismus, gleich welcher Art: Das Thema Innere Sicherheit ist heute wichtiger denn je. Sie wird uns massiv beschäftigen und die zivile Verteidigung wird thematisch das Jahr 2025 prägen. Mit der Wahl in den USA und Trump als neuen US-Präsidenten ist mit einer neuen Sicherheitsordnung zu rechnen.

Nicht selten waren und sind es Hinweise ausländischer Nachrichtendienste, die unsere deutschen Sicherheitsbehörden bei der Verhinderung von Anschlägen islamistischer

Extremisten wesentlich unterstützen. Zwar ist es einerseits begrüßenswert, dass die internationale Kooperation mit unseren Partnern in den Bereichen der Terrorismus- sowie Spionageabwehr so herausragend funktioniert. Andererseits ist es nicht nachvollziehbar, dass unsere Behörden regelmäßig auf diese Hinweise angewiesen sind. Der Grund: Nicht in jedem Fall verfügen sie über die erforderlichen Rechtsgrundlagen. Die Sicherheitslage ist so angespannt wie noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik. In solchen Zeiten braucht es eine engagierte Debatte über die nötigen Befugnisse für unsere eigenen Kolleginnen und Kollegen, um terroristischen und ausländischen staatlichen Akteuren wirksam entgegentreten zu können.

Daher wird eines unserer insgesamt vier Schwerpunktthemen auf der IMK 2025 das Thema Innere Sicherheit und die Frage des Umgangs mit der aktuellen Bedrohungslage, sowohl in rechtlicher als auch in tatsächlicher Hinsicht sein. Zur adäquaten Verteidigung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung bedarf es gerade in diesen Zeiten erheblicher Anstrengungen. Dies setzt eine bessere Ausstattung unserer Sicherheitsbehörden voraus. Damit meine ich sowohl die Ausstattung als auch die Befugnisse.

Der zweite Schwerpunkt im neuen IMK-Jahr ist das Thema Migration. Das zentrale Problem ist die ungesteuerte Zuwanderung. Ungesteuert deshalb, weil es keine faire

und gesteuerte Verteilung gibt. Die Bundesrepublik Deutschland hat keinen Einfluss darauf, wer zu uns kommt. Sie hat keinen Einfluss darauf, aus welchen Ländern diese Personen kommen. Die europäischen Außengrenzen sind weitgehend offen. Die Mehrzahl der Flüchtlinge wird entgegen dem europäischen Recht von den Staaten an den Außengrenzen nicht registriert und teilweise durchgewunken. Damit wird das System der offenen Binnengrenzen dramatisch gefährdet. Es muss uns gelingen, die europäischen Außengrenzen zu sichern.

Wie in Bremen auch sind viele Städte und Kommunen in Deutschland bei der Aufnahme so vieler Menschen sehr herausgefordert. Die Willkommenskultur des Jahres 2015 hat erhebliche Risse bekommen. Viele Menschen sind zunehmend verunsichert. Nicht nur wegen der angesprochenen Flüchtlingsproblematik. Sobald das Gemeinsame Europäische Asylsystem (GEAS) kommt, wird es unsere Aufgabe sein, dies in den Ländern umzusetzen.

Gewalt gegen Frauen und Mädchen: Spanisches Modell bietet Frauen Sicherheit

Ein weiteres Thema, das mir sehr am Herzen liegt und das mich als Politiker, aber auch als Mensch, betroffen macht, ist Gewalt gegen Frauen. Die Gewalt gegen Frauen und Mädchen nimmt in unserem Land leider zu. Im November 2024 hat das Bundeskriminalamt ein Bundeslagebild zu Gewalttaten gegen Frauen veröffentlicht. Demnach wird in Deutsch-

land fast jeden Tag eine Frau oder ein Mädchen aufgrund ihres Geschlechts ermordet. 2023 kam es zu 360 Morden an Frauen und 578 versuchten Taten. Damit sind die Zahlen erneut auf einem Höchststand. Die Täter sind in erster Linie (Ex-)Partner oder Familienmitglieder. Fakt ist: Wir haben in Deutschland ein Femizid-Problem. Es gibt Männer, die davon überzeugt sind, dass sie Frauen besitzen und über deren Leben entscheiden können. Damit dürfen wir uns nicht abfinden. Deshalb möchte ich auf der IMK 2025 das spanische Modell der Fußfessel auf die Agenda setzen.

Spanien hat die elektronische Aufenthaltsüberwachung („elektronische Fußfessel“) 2009 für Täter eingeführt. Die Polizei wird aktiv, sobald der Täter bestimmte Zonen, wie zum Beispiel rund um die Wohnung der Frau oder um die Schule seiner Kinder betritt. Die Frauen, die an dem spanischen Programm teilnehmen, haben zusätzlich auf freiwilliger Basis einen GPS-Tracker, der den Aufenthaltsort des Täters anzeigt, falls dieser in einen definierten Schutzbereich eindringt. Meldet der Tracker, dass der Täter sich dem Schutzbereich erneut nähert, kann sich die betroffene Frau umgehend in Sicherheit bringen. Seit Einführung dieser Maßnahme ist in Spanien keine Frau, die an dem Programm teilgenommen hat, mehr von ihrem gewalttätigen (Ex-)Partner umgebracht worden.

Ich möchte die elektronische Fußfessel im Gewaltschutzgesetz, einem Bundesgesetz, verankern. Der vom Bundesministerium der Justiz vorgelegte Entwurf stellt insoweit eine sehr gute Grundlage dar. Das sogenannte spanische Modell hat sich bewährt

und ist meiner Meinung nach am zielführendsten. Sie bietet Frauen echte Sicherheit. Alles andere ist Symbolpolitik für das Schaufenster und hilft Frauen in der Gefahrensituation nicht genug weiter.

Wetten im Amateursport einen Riegel vorschieben

Als Innen- und Sportsenator liegt mir natürlich auch der Bereich Sport sehr am Herzen. Ob Pyrotechnik, Gewalt in Fußballstadien oder die Beteiligung der DFL an den Polizeikosten bei Hochrisikospielen: Das sind Themen, die mich schon seit Jahren umtreiben. Ein weiteres Thema, das mir sehr am Herzen liegt und das ich als vierten Schwerpunkt auf die Agenda der IMK 2025 setzen möchte, sind daher Sportwetten im Amateursport.

Egal welche Sportart: Zu Recht sind Wetten auf Amateurligen in Deutschland verboten. Denn sie sind besonders manipulationsanfällig, und sie gefährden so die Integrität des Sports. Sportliche Werte wie Teamgeist und Verlässlichkeit stehen auf dem Spiel. In Deutschland bieten erlaubte Wettanbieter keine Sportwetten auf Amateurligen an. Allerdings sind sie zum Teil mit ausländischen Unternehmen verbunden, die solche Wetten auf deutsche Amateurligen im Ausland anbieten.

Bremen hat mit der Vorlage zur vergangenen Sportministerkonferenz Anfang November in München zum Thema „Wetten im Amateursport“ praxisnahe Vorschläge gemacht. Der Beschluss ist zustande gekommen. Nun sind die Vereine, Veranstalter und kommunalen Sportstättenbetreiber aufgefordert, das sogenannte Datenscouting

über ihr Hausrecht zu verbieten. Datenscouts mischen sich unter das Publikum und sammeln während der Spiele Daten und geben diese an Wettanbieter weiter. Das Ziel: Wetten auf einzelne Spielereignisse, wie etwa Torschüsse oder Eckbälle oder Rote Karten, in Echtzeit zu ermöglichen. Auch die Innenministerkonferenz hat sich auf Initiative Bremens mit dem Thema beschäftigt und beschlossen, mögliche Änderungen im Glücksspielstaatsvertrag 2021 zu prüfen.

Die Regeln des Glücksspielstaatsvertrags zur erweiterten Zuverlässigkeit müssen aus meiner Sicht strenger werden. Anbieter sollen keine Lizenz bekommen, wenn sie mit Firmen verbunden sind, die besonders manipulationsanfällige Wetten nationaler Ligen im Ausland anbieten. Zudem schlage ich die Einführung eines Mitwirkungsverbots für Datenhandelsunternehmen vor. Diesen Unternehmen soll es verboten werden, Daten zu nationalen Sportereignissen zu sammeln, sie Sportwettanbietern bereitzustellen und damit an jeglichem Angebot unzulässiger Sportwetten (wie Jugend- und Amateurligen sowie Wetten auf regelwidriges Verhalten) mitzuwirken.

2025 stehen wir in vielen Bereichen vor großen und komplexen Herausforderungen. Als Vorsitzender der Ständigen Konferenz der Innenminister- und Senatoren der Länder freue ich mich auf eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit meinen Amtskolleginnen und Amtskollegen. Uns alle vereint partei- und länderübergreifend ein Ziel: ein friedvolles und geordnetes Zusammenleben sowie die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger.

Ihre schnelle Verbindung zur Redaktion

Dr. Uwe H. Wehrstedt
Verantwortlicher Redakteur (Chefredakteur)
Telefon: +49 34743 620 90
Telefax: +49 34743 620 91
E-Mail: redaktion@pvtweb.de